

TEXTE ZUM EUROPÄISCHEN GEDENKTAG FÜR DIE OPFER TOTALITÄRER REGIME

Grußwort von Dieter Dombrowski – 23. August 2016 – Europäischer Gedenktag

Sehr geehrte Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, Sie, sehr geehrte Frau Poppe und Sie, sehr geehrter Herr Templin schließe ich in diese Anrede natürlich mit ein,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Um den Europäischen Gedenktag an die Opfer von Stalinismus und Nazismus würdig zu begehen, muss man nicht unbedingt die großen historischen Ereignisse bemühen. Das werden nach mir sicher die anderen Redner ausführlich tun. Ich möchte Sie an ein persönliches Schicksal erinnern, das hier in Potsdam seinen Anfang genommen hat.

Horst Schüler, ehemaliger Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, hat die unselige Verbindung zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus am eigenen Leib erfahren.

Der 1924 in Potsdam-Babelsberg geborene Horst Schüler erlebte als Neunjähriger die Misshandlung und Verhaftung seines Vaters durch die Nationalsozialisten. Der Vater starb im KZ Sachsenhausen. Die Familie erhielt die Asche des Leichnams in einer Konservenbüchse zugeschickt.

Im Jahr 1947 wollte Horst Schüler „am Aufbau eines besseren, friedlichen Deutschlands“ beteiligt sein. Er wurde Journalist bei der Märkischen Volksstimme. Nach einigen Monaten begriff er, wie er selbst sagte, „dass wir von einer Diktatur in eine andere gestolpert sind.“ Nachrichten, die in der Märkischen Volksstimme der Zensur zu Opfer fielen, gab er nun an den Westberliner Telegraf weiter. Er widerstand einer Anwerbung durch den sowjetischen Geheimdienst.

1951 wurde Schüler verhaftet. Die Untersuchungshaft verbrachte er im selben Gefängnis wie sein Vater: In Potsdam in der Lindenstraße. Nach monatelangen Verhören, die von physischer und psychischer Misshandlung begleitet waren, wurde er vom Sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Er hatte Glück, überlebte einen Häftlingsaufstand mit 64 Toten im Lager 10 in der Strafregion Workuta und wurde 1955 in die Bunderepublik entlassen.

Tatsächlich gibt es gravierende Unterschiede zwischen dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus. Die industriell geplante Vernichtung der Juden ist ein einzigartiges Menschheitsverbrechen. Aus der Perspektive der Opfer aber rücken die Grausamkeiten der Folter, der Lagerhaft und der auferlegten Zwangsarbeit eng zusammen. Deportationen, Zwangsumsiedelungen und jahrelange politische Haft, Massenerschießungen und von Diktatoren persönlich angeordnete Todesurteile werden um keinen Deut erträglicher, wenn sie von einem System verhängt werden, das sich der „lichten Zukunft des Kommunismus“ verschrieben hat.

Diese Perspektive der Opfer hat auch das Europäische Parlament eingenommen, als es den 23. August zum „Europäischen Gedenktag an die Opfer von Stalinismus und Nazismus“ erklärte. Die mahnende Erinnerung an die Opfer gründet das Parlament auf die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte von 1950. Aus den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus heraus wurde damals der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eingerichtet. Er sorgt seitdem mit seiner Rechtsprechung und seinen Kontrollinstanzen für die Einhaltung und Weiterentwicklung der Menschenrechte im Bereich des Europarates. Menschen aus dem sowjetischen Imperium vom Pazifik bis an die Elbe wurden bis 1989 weiter verfolgt und eingesperrt, wenn sie sich auf diese Rechte beriefen. Heute ist diese Konvention für alle europäischen Staaten der rechtlich verbindliche gemeinsame Standard von Russland bis Frankreich, von Norwegen bis in die Türkei.

Wenn wir also heute der Opfer des Nationalsozialismus und des Stalinismus gedenken, so denken wir an diejenigen Opfer, die gleichermaßen ihrer elementaren Menschenrechte beraubt worden sind: Das Recht auf Leben, das Verbot von Folter, Sklaverei und Zwangsarbeit. Das Recht auf Freiheit und Sicherheit. Und wenn wir einer der unzähligen Opfergruppen besondere Achtung zukommen lassen wollen, dann sollten es diejenigen Menschen sein, die – gleichgültig unter welchem Regime – ihr Leben und ihre Gesundheit für die Verwirklichung der Menschenrechte eingesetzt haben.

Ich wünsche Ihnen eine gute Veranstaltung

Dieter Dombrowski

Vizepräsident des Brandenburger Landtages und Bundesvorsitzender der UOKG

Grußwort von Ulrike Poppe

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie alle hier sehr herzlich begrüßen. Es ist für mich eine große Genugtuung, dass hier an diesem Ort, dem ehemaligen KGB- Gefängnis, dazu aufgerufen wird, dem Hitler-Stalin-Pakt und all dem nachfolgenden Leid zu gedenken. Und ich bin dankbar, hier ein paar Worte zum „Europäischen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus und Stalinismus“ sagen zu dürfen.

Bis heute ist das Gesicht Europas gezeichnet von den Folgen des Paktes zweier unberechenbarer Diktatoren. Bis heute sind die Grausamkeiten in den von den Nazis und den Sowjetkommunisten besetzten Gebieten nicht vergessen: hunderttausendfache Morde, Deportationen, Vertreibungen, Hunger und unendliches Elend.

Zum 70. Jahrestag des Ribbentrop – Molotow-Paktes hatte das Europäische Parlament eine Erklärung angenommen, den 23. August zum Europäischen Gedenktag an die Opfer von Stalinismus und Nazismus auszurufen.

Darin heißt es:

- In der Erwägung, dass durch den am 23. August 1939 zwischen der Sowjetunion und Deutschland abgeschlossenen Molotow-Ribbentrop-Pakt mit seinem geheimen Zusatzprotokoll Europa in zwei Interessensphären geteilt wurde,
- in der Erwägung, dass die im Rahmen der stalinistischen und nazistischen Aggressionen vorgenommenen Massenverschleppungen, Morde und Versklavungen zu den Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehören,
- in der Erwägung, dass gemäß dem Völkerrecht Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht verjähren,

schlägt das Europäische Parlament vor, den 23. August zum Europäischen Gedenktag an die Opfer der stalinistischen und nazistischen Verbrechen zu erklären, um das Gedenken an die Opfer von Massendeportation und -vernichtung aufrecht zu erhalten und somit Demokratie zu stärken sowie Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent zu fördern.“

Die EntschlieÙung wurde mit großer Mehrheit (533 zu 44 Stimmen und 33 Enthaltungen) angenommen und als ein bedeutender Schritt hin zu einem gemeinsamen Geschichtsverständnis zwischen dem alten und dem neuen Europa bewertet.

Aber bei den Erklärungen blieb es auch. Weitgehend. Während in Polen und in den baltischen Staaten jährlich am 23. August dieses folgenreichen Paktes gedacht

wird, auch Schweden, Irland und Malta diesem Ereignis Aufmerksamkeit widmet, herrscht in Frankreich, Italien und Großbritannien eher Gleichgültigkeit; man weiß zu wenig über den Stalinismus. Im Deutschen Bundestag gab es bekanntlich für diesen Gedenktag auch keine Mehrheit. Die Interpretation des Paktes ist in Deutschland bis heute umstritten.

Meine Generation in der DDR ist noch damit aufgewachsen, dass der „Nichtangriffsvertrag“ von 1939 als eine „Atempause“ für die SU notwendig gewesen sei, ohne die die Rote Armee uns und die ganze Welt nicht hätte vom Hitlerfaschismus befreien können.

Das geheime Zusatzprotokoll wurde nicht erwähnt bzw. wurde geleugnet. Im Westen gab es allerdings eine Kopie davon, die auch publiziert wurde. Mit viel propagandistischem Aufwand bemühte sich die DDR-Seite, das Zusatzprotokoll als eine gezielte Geschichtsfälschung hinzustellen.

Dabei waren die Folgen doch unbestreitbar. Eine Woche nach dem Pakt fielen die Deutschen in Polen ein, kurze Zeit später okkupierte Moskau Ostpolen und Teile des Baltikums sowie Bessarabien. Es gibt Filmaufnahmen von den gemeinsamen Siegesparaden der Wehrmacht und der Roten Armee bei der Übergabe der heute belarussischen Stadt Brest. Weniger bekannt ist die inzwischen belegte Zusammenarbeit zwischen der Gestapo und dem NKWD zwischen 1939 und 41 mit dem gemeinsamen Ziel der Ausrottung der politischen, militärischen und administrativen Eliten Polens.

Bis auf wenige Ausnahmen hatte sich eine ganze Historikerzunft in der DDR bereitwillig erboten, - manchmal sicher auch zähneknirschend -, das geheime Zusatzprotokoll aus der Geschichte zu tilgen.

Doch unter Gorbatschow wurden die sowjetischen Archive geöffnet. Die Existenz und Authentizität des geheimen Zusatzprotokolls wurde im Dezember 1989 durch den Kongress der Volksdeputierten anerkannt und dessen Inhalt verurteilt.

Was mögen die Hitlergegner empfunden haben, – vor allem die sich im Sowjetischen Exil befanden, – als beim Eintreffen Ribbentrops die Straßen vom Flughafen bis zum Kreml mit Hakenkreuzfahnen gesäumt waren? Was mögen die Nazigegner gedacht haben, als Stalin die antifaschistische Agitation einstellen ließ? Oder denken Sie an jene Hunderte von Kommunisten, die in die SU geflüchtet waren und die von Stalin an Hitler ausgeliefert wurden! Die bekannteste unter ihnen war Margarete Buber-Neumann, die nach dem GULAG ins KZ Ravensbrück kam. Sie überlebte und schrieb ein Buch über ihre Haft unter Stalin und Hitler. Ich bekam

es Anfang der 70er Jahre in die Hände, - ein selbstverständlich in der DDR verbotenes Buch, - und konnte kaum glauben, was ich dort las.

Es gelang nicht ganz und gar zu verhindern, dass das geheime Zusatzprotokoll des Hitler-Stalin-Paktes und Einzelheiten über die Zusammenarbeit Nazideutschlands mit der Sowjetunion wenigstens zu Dissidenten-Kreisen im Ostblock durchdrang. In Polen und im Baltikum waren ohnehin die Familiengeschichten vom Leid der Okkupationen geprägt. Das geheime Zusatzprotokoll mit seiner Aufteilung Europas blieb in der Erinnerungsperspektive der betroffenen Länder ein Symbol der Unterdrückung. Es enthielt entsprechende Sprengkraft. Das historische Dokument in die öffentliche Diskussion zu bringen war gleichbedeutend mit einem Protest gegen die Moskauer Vorherrschaft.

Zum 50. Jahrestag des Paktes, 1989 vereinten sich über eine Million Menschen in allen drei baltischen Staaten zu einer riesigen Menschenkette. Die in mehreren Sprachen erscheinende sowjetische Zeitschrift „Sputnik“ hatte im Zuge von Glasnost und Perestroika auch kritische Auseinandersetzungen mit dem Stalinismus veröffentlicht. Als im Oktober 1988 ein Beitrag über das bisher in der DDR strikt geleugnete Zusatzprotokoll des 39er Paktes erschien, ließ Honecker die Einfuhr des „Sputnik“ verbieten, ebenso fünf sowjetische Filme, die allerdings über das Westfernsehen in den meisten Gebieten der DDR zu gesehen werden konnten.

Die meisten von Ihnen werden sich noch an die ungeheure Protestwelle gegen das Sputnik-Verbot erinnern.

Das „Horch & Guck“- Heft 81 vom Dezember 2015 bringt eine Pro und Contra – Darstellung mit der Frage, ob wir den Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes als Europäischen Gedenktag begehen sollten. Ich will nicht verhehlen, dass ich die Pro-Argumentation für überzeugender halte, die von Malte Lehming verfasst wurde. Die Contra-Position nimmt Prof. Günter Morsch ein. Lehming wehrt sich gegen den Vorwurf, dass mit dem Gedenken an die Opfer des Stalinismus die des Nationalsozialismus relativiert würden. „Der 27. Januar ist als Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust unumstößlich. Am 8. Mai wird der Sieg über den Faschismus gefeiert und der Opfer des deutschen Angriffskriegs gedacht. In dieser Abfolge, - so schreibt Lehming, - bedeutet der 23. August eine Ergänzung, keine Korrektur.“

Ich halte es für längst überfällig, dass in ganz Europa auch der Opfer von GULag, Holodomor und sowjetischer Unterdrückung gedacht wird.

Es ist gut, dass das hier passiert, dass Sie alle da sind und dazu beitragen wollen, dass dieses Kapitel europäischer Geschichte nicht erneut ignoriert wird oder in Vergessenheit gerät.

Ich freue mich, dass nun Wolfgang Templin, enger Mitstreiter in der damaligen DDR-Opposition und bester Kenner ostmitteleuropäischer Geschichte, nun zu Wort kommen darf.

Rede von Wolfgang Templin

23. August 1939

Gedenken, Versöhnung und die Werte europäischer Politik

Heute an einem historisch bedeutsamen Tag, haben wir uns an einem historisch bedeutsamen Ort zusammengefunden, dem zentralen Untersuchungsgefängnis des sowjetischen Militärischen Spionageabwehrdienstes auf dem Territorium der ehemaligen DDR. Der offizielle Name des Gebäudes, vor dem wir uns befinden, täuscht darüber hinweg, dass es bei den deutschen Inhaftierten dieses Gefängnisses und den später dort inhaftierten sowjetischen Militärangehörigen in der überwiegenden Mehrzahl nicht um Spione, Diversanten oder NS-Täter ging. Es ging um Jugendliche und Erwachsene, die wegen vermeintlichen oder tatsächlichen Widerstandes gegen die sowjetische Besatzungsmacht und die mit ihr verbundenen Machtorgane der SBZ und späteren DDR verhaftet, unter unmenschlichen Bedingungen eingesperrt, ohne die Möglichkeit der Verteidigung abgeurteilt wurden. Zu den Delikten, welcher die Verhafteten häufig durch Denunziation beschuldigt wurden, gehörte die angebliche Mitgliedschaft im Werwolf, das Schwänzen des obligatorischen Russisch-Unterrichtes, die Verbreitung politischer Witze aber auch die Verteilung von Flugblättern.

Die Urteile gingen bis hin zu Todesstrafen, die zum großen Teil auch vollstreckt wurden, zu langjährigen Haftstrafen oder zur Deportation nach Sibirien. Zu den Gefängnisschicksalen in der Leistikowstraße gibt es bis heute nur eine weithin unzureichende Materialgrundlage und Dokumentation. Die Schicksale an diesem Ort sind ein winziger Ausschnitt aus den Haft- und Leidensgeschichten deutscher Ableger des internationalen Gulag-Systems.

Wir wollen am 77. Jahrestag der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes der Opfer totalitärer Systeme insgesamt gedenken, totalitärer Systeme, deren unheilvolle Entwicklung das Antlitz des letzten Jahrhunderts mitprägte. Eine Zeit, welche als Jahrhundert der Lager, Jahrhundert der Extreme in die Geschichte eingeht.

Menschen aus den Ländern im östlichen Teil Europas, aus Polen, den baltischen Staaten, der Ukraine, welche die Schrecken des deutschen nationalsozialistischen Überfalls, der nachfolgenden nazistischen Vernichtungsmaschinerie und des Holocaust selbst erlebten oder als Teil ihrer Familiengeschichte mit sich trugen, sahen den 23. August seit Jahrzehnten als frühen Kulminationspunkt, der Verbindung nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Terrors. Sowjetische und Deutsche Besetzung, Deutsche und Sowjetische Besetzung und Okkupation, wie auch immer sich die Reihenfolge gestaltete, löschten ab 1939 die kurze eigene staatliche Souveränität aus, brachten Unterdrückung, Deportationen und Terror. Der militärische Sieg der sowjetischen Truppen über die deutsche Wehrmacht wurde zur Befreiung, der erneute Unterdrückung und Unfreiheit folgten. Neben dem 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung blieb der 23. August 1939, der den Klammergriff der Totalitarismen symbolisierte, im historischen Bewusstsein mittelosteuropäischer Nationen präsent. Die Auseinandersetzung damit und der Protest gegen das Jalta-System, welches einen ganzen Teil des europäischen Kontinents unter sowjetische Herrschaft und Kontrolle brachte, trugen Revolten, Aufstände, Dissidenz und Opposition und nicht zuletzt die politische Massenbewegung der polnischen Solidarnosc. Sie hielten bis zu den friedlichen Befreiungsrevolutionen des Jahres 1989 an. Die sechshundert Kilometer lange Menschenkette, welche am 23. August 1989, die drei baltischen Staaten verband, symbolisierte den ungebrochenen Freiheitswillen unterdrückter Völker.

Nach 1989 rissen die Bemühungen und Initiativen von Menschen aus diesen Ländern nicht ab, den 23. August als Erinnerungsdatum an die dunkelste, jüngste Vergangenheit festzuhalten.

Es waren die Jahre, die in die Wahrnehmung, das Bewusstsein vieler Westeuropäer als Osterweiterung der Europäischen Union eingingen. Für den Osteuropahistoriker Karl Schlögel geht es in dieser Zeit um viel mehr, eine Neukonstituierung Europas.

Die Frage nach dem Stellenwert des 23. August erreichte mit Verzögerung auch die Ebenen des Europarates und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE), auf denen um Entschließungen dazu gerungen wurde. Im Jahre 2008

kam es zu einer Forderung des Europäischen Parlaments, den 23. August zum europaweiten Gedenktag an die Opfer aller totalitären und autoritären Regime zu erklären. Dem folgte eine „Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus“. Im gleichen Jahr, zum 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes im August 2009, kam es zu einer Erklärung deutscher zivilgesellschaftlicher Akteure, Intellektueller und Politiker, an deren Entstehung ich selbst beteiligt war. Im Titel der Erklärung werden die historischen Entscheidungsjahre 1939 und 1989 miteinander verbunden:

„Das Jahr 1989 feiern, heißt auch, sich an 1939 erinnern“

Wir führen in dieser Erklärung aus:

„Ein freies und demokratisches Europa muss sich seiner Geschichte bewusst sein. Es braucht die Erinnerung an die kommunistische Ära und ihre Überwindung. Ein erster Schritt ist getan. Im April hat sich das Europäische Parlament erstmalig zu dieser Verantwortung bekannt. Dieser Weg ist weiter zu gehen. Europa braucht eine aktive verantwortungsbewusste Erinnerungskultur, die die nachwachsende Generation für neu aufkommende autoritäre und diktatorische Entwicklungen sensibilisiert“

Trotz des breiten intellektuellen und parteipolitischen Konsens, den die Unterzeichner der Erklärung ausdrücken, gab es zahlreiche Stimmen der Warnung und des Protestes gegen diese Positionen und ihre Konsequenzen.

Die Anwendung des Totalitarismusbegriffs für grundverschiedene politische Systeme führe zu einer unzulässigen Gleichsetzung, drohe die Unterschiede zwischen ihnen einzuebennen und stelle die Singularität des Holocaust in Frage. Der Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes werde für einen erinnerungspolitischen Deutungskampf missbraucht. Diese Stimmen sind bis heute präsent, wirken in historische Debatten hinein und durchziehen die Auseinandersetzung um die Gedenkstättenkultur in Deutschland. Abwehr und Widerstände gegen die verschiedenen Formen der Totalitarismustheorie haben ihre eigene lange Geschichte. In den intellektuellen und politischen Diskursen der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft galten der Begriff des Totalitarismus und darauf bezogene Konzepte lange Zeit als Domäne der politischen Rechten, als untaugliche politische Kampfinstrumente gegen die im Grundsatz progressive kommunistische Weltbewegung, die sich nur ihrer stalinistischen Schlacken entledigen müsse.

Das Beispiel von Richard Löwenthal, des bedeutenden sozialdemokratischen Politikers, Intellektuellen und Hochschullehrers, kann die Kurzschlüssigkeit solcher Urteile deutlich machen. Eine, von dem Zeithistoriker Mike Schmeitzner gestaltete Dokumentation des Gesprächskreis Geschichte der Friedrich Ebert Stiftung (Heft 96) stellt Leben und Wirken von Richard Löwenthal vor. Ich zitiere:

„Geprägt durch eigene bittere Erfahrungen mit dem Bolschewismus sowjetischer Prägung und dem Nationalsozialismus analysierte Löwenthal diese Ideologien scharfsinnig. Ohne die jeweils andere Diktatur zu bagatellisieren, zu relativieren oder sie miteinander gleichzusetzen, betonte er die besondere Dynamik von Nationalsozialismus und Bolschewismus, die er als totalitäre Revolutionen charakterisierte, um sie fundamental von den demokratischen Entwicklungen im Westen abzugrenzen.“ (Zitat Ende)

Die gleichen Lebenserfahrungen machten Löwenthal aber auch die Schwächen und die Angreifbarkeit der liberalen Demokratien des Westens bewusst, zu denen er sich letztlich bekannte.

Der 1908 in Berlin-Charlottenburg geborene Löwenthal entstammte einer bürgerlichen deutsch-jüdischen Familie.

Über seine Verwandtschaftsbeziehung zu einer anderen bedeutenden linken Intellektuellen und Totalitarismustheoretikerin Hannah Arendt, äußert er sich selbst:

„Die Mutter meines Vaters war eine geborene Arendt, eine Schwester des Königsberger Stadtrats diesen Namens, dessen Tochter Hannah Arendt war. Das habe ich erst jetzt, viele Jahre später herausbekommen, nachdem ich sie besser kennengelernt hatte. In der Familie ist offenbar das Interesse am Totalitarismus erblich“.

Als Student an der Berliner Universität wird Löwenthal in den Krisenjahren der Weimarer Republik, Mitglied und schnell führender Funktionär der kommunistischen Studentenfraktion. Das Jahr 1929, welches die Moskau- gesteuerte KPD, mit einer zentral gegen die SPD gerichteten neuen Generallinie sieht – die Sozialdemokraten als Sozialfaschisten und damit entscheidende Gegner –führt zum ersten Bruch. Löwenthal tritt in die gerade gegründete KPD-Opposition ein und wird später Mitglied der Gruppe „Neu Beginnen“. Ab 1935 findet er sich in Prag wieder, im Zentrum der sozialdemokratisch- sozialistischen Emigration.

Schriften aus dieser Zeit zeigen, wie sich sein Totalitarismusbegriff aus der Analyse der nationalsozialistischen Machtergreifung und der Entwicklung des totalen Führerstaates, der Gleichschaltung aller Teile der deutschen Gesellschaft, bildet. Die zerstörerische Dynamik der nationalsozialistischen Bewegung, ihr Endziel einer

total neu geformten, rassistisch vereinheitlichten Volksgemeinschaft, lassen ihn von einer „totalitären Revolution“ sprechen. Bei aller Kritik an den Herrschaftspraktiken und Säuberungsexzessen der Sowjetunion unter Stalin, sieht er dort diesen totalitären Charakter nicht und identifiziert sich mit dem Lenin des Jahres 1921, erklärt den grundlegend progressiven Charakter dieses Gesellschaftsexperimentes.

Für Löwenthals endgültige Desillusionierung und spätere theoretische Konsequenz, werden das Jahr 1939 und der Schock des Hitler-Stalin-Paktes entscheidend. In die Londoner Emigration gegangen, lernt er dort unter anderem Sebastian Haffner, Isaac Deutscher und George Orwell kennen.

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland und der Tätigkeit als Hochschullehrer an der Freien Universität Berlin, wird Löwenthal zu einem der einflussreichsten Vordenker der SPD, früher Biograph von Ernst Reuter, Berater von Willy Brandt und Helmut Schmidt.

Längst ist für ihn jede Verklärung und Verteidigung des sowjetischen Gesellschaftsexperiments unmöglich geworden, liegt für ihn der totalitäre Charakter Leninschen Denkens und bolschewistischer Herrschaftspraxis unabweisbar zu Tage. Eine Revolution von unten, die im dauerhaften Machtmonopol einer Partei mündet, für den utopischen Endzustand einer klassenlosen Gesellschaft, die physische Ausschaltung aller Klassenfeinde in Kauf nimmt, kann nur als totalitär bestimmt werden.

Löwenthal arbeitet auf dieser Grundlage die Gemeinsamkeiten beider totalitärer Systeme heraus, besteht weiter auf grundlegenden Unterschieden und lehnt, im Gegensatz zu seinem Berliner FU-Kollegen Ernst Nolte, scharf ab, aus der zeitlichen Parallelität der Verbrechen Hitlers und Stalins, eine kausale Beziehung zu folgern. Der Versuch Noltens im „Historikerstreit“, die Untaten Hitlers als Folgereaktion auf die Untaten Stalins zu erklären, erscheint ihm absurd. Noch schärfer lehnt er die Vorstellung ab, Hitlers organisierte Vernichtung von Millionen Juden als eine Art Kopie sowjetischer Massenvernichtung zu betrachten. Hitlers Judenhass, der nationalsozialistische Welteroberungs- und Vernichtungswahn, haben eigene Wurzeln, die in die Tiefen und Untiefen der Deutschen Geschichte zurückreichen. Damit ist auch von der nicht in Frage zu stellenden Singularität des Holocaust auszugehen.

Jürgen Habermas, welcher über den Historikerstreit von 1988 hinaus, skeptisch gegenüber verschiedenen Spielarten der Totalitarismustheorie blieb, vollzog hier eine eigene Entwicklung. In einem vielbeachteten Beitrag für die Enquetekommis-

sion des Deutschen Bundestages, die sich der Auseinandersetzung mit der nächsten Diktatur auf deutschem Boden widmete, sprach er von der Chance und konstitutiven Bedeutung eines antitotalitären Konsens aller Demokraten.

„Die Europäische Idee. Aus dem Geist des Widerstandes“ lautet der Titel eines im Jahre 2000 erschienen Suhrkamp-Bandes“. Der Herausgeber versammelt darin Manifeste, Denkschriften und Konzepte, die in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts zurückreichen, vom Widerstand gegen die nationalsozialistische und kommunistische Bedrohung Zeugnis geben und die Gründerväter der späteren Europäischen Union inspirierten. Neben dem „nie wieder Krieg“ einer künftigen europäischen Friedensordnung, stehen Freiheitsrechte, Werte der Demokratie und sozialer Ausgleich als Fundamente eines Neuanfangs. Anders als bei der verfehlten Nachkriegsordnung von 1918 und konfrontiert mit einer historisch einmaligen deutschen Kriegsschuld und Verbrechenlast, geht es um einen Weg, der den freien Teil Deutschlands in den Kreis der zivilisierten Nationen zurückführt, die Bundesrepublik zum Partner europäischer demokratischer Neugestaltung werden lässt. Ausgleich und Versöhnung markieren hier ein Ziel, dass die realistische Erinnerung, die Erkenntnis und das Eingeständnis eigener Schuld und die darauf bauende Bereitschaft zur Vergebung, zur Voraussetzung hat.

Ohne die deutsch-französische Aussöhnung und Partnerschaft sind der Aufbau und die Ausgestaltung der Europäischen Gemeinschaft und der späteren europäischen Union nicht vorstellbar. Wir sehen die Gestalten von Konrad Adenauer und Charles De Gaulle, sehen die anderen mit diesem Aufbau- und Versöhnungswerk verbundenen europäischen Gründerväter, Staatsmänner und –Frauen, die Jahrestage, Begegnungen und symbolischen Gesten.

Was wir zu oft übersehen, sind die Neugestaltungs- und Versöhnungskräfte von unten, die zahllosen Menschen, welche sich der Last, der eigenen Vergangenheit stellten, ihre individuellen Konsequenzen zogen und die vorher unübersteigbaren Grenzen überwandten.

Gleichsam im Schatten der deutsch-französischen Annäherung und Versöhnung im freien Teil Europas, gab es die immer zahlreicheren Bemühungen und Initiativen, für eine künftige deutsch-polnische Versöhnung. Vielen Zeitgenossen und Beteiligten schien diese Aufgabe noch unlösbarer. In Polen hatte der nationalsozialistische Terror mit unvorstellbarer Grausamkeit gewütet, hatten die deutschen Architekten der Endlösung, Vernichtungslager errichtet. Die polnische Hauptstadt Warschau, ließ Adolf Hitler, von unbezwingbaren Freiheitswillen der Polen im

Warschauer Aufstand getroffen, dem Erdboden gleichmachen. Nach dem Krieg mussten Millionen Deutsche dafür mit dem Verlust ihrer Heimat bezahlen.

Freier Austausch und offene Grenzen, die Hilfestellung der Amerikaner beim Aufbau der Demokratie in der Bundesrepublik boten Chancen für Verständigung und Aussöhnung nach Richtung Westen, die der Eisernen Vorhang und für das dahinter liegende Polen und andere Länder im sowjetischen Machtbereich, mehr oder weniger versperrte. Dennoch gelang es, unter ungleich schwereren Bedingungen, bereits vor 1989 zahlreiche Schritte zu tun. Ich will an dieser Stelle nur die gesamtdeutsch wirkende Aktion Sühnezeichen, die zivile Unterstützung der Solidarnosc-Bewegung in den achtziger Jahren und den Kniefall Willy Brandts erwähnen.

Der Fall des Eisernen Vorhanges, der erfolgreiche Reformweg Polens und der anderen ehemaligen Ostblockstaaten, schufen endgültig die Voraussetzung für ein neues Miteinander, das Annäherung und Versöhnung einschloss.

In Deutschland aber zeigte sich, dass Erinnern und Versöhnen nicht auf Verdrängung und verkürzten Schuldzuweisungen aufbauen durften. Dem

„Hitler und die Seinen waren es. Wir anderen haben ja auch nur darunter gelitten“, setzten Opfer, Betroffene und zunehmend auch Historiker eine andere Realität entgegen, die schmerzhaft war, die Familien auseinander bringen konnte und die Scheinruhe der Wirtschaftswunderjahre aufschreckte. Der akademischen Formel von der „heilsamen Kraft des Schweigens“, stellten sich immer mehr Nachwachsende mit dem Mut zur Wahrheit entgegen. In die junge Bundesrepublik zurückgekehrte Emigranten, sahen sich einer gar nicht schweigenden Mehrheit gegenüber und wurden mit dem Vorwurf konfrontiert, den „Terror der Bombennächte“ im bequemen Exil ausgesessen zu haben.

Eine Auseinandersetzung, die in der Bundesrepublik Jahrzehnte währte und sie in dieser Zeit zur Demokratie reifen ließ. Unter ungleich leichteren Bedingungen aber mit gar nicht so grundverschiedenen Mustern, spielte sich die Auseinandersetzung mit den Folgen der nächsten Diktatur auf deutschem Boden nach 1989 ab. Viele von Ihnen sind Zeugen und Beteiligte dieser Auseinandersetzung bis zum heutigen Tag.

Andere europäische Nationen, welche die Erinnerung an Fremdbestimmung, Okkupation und eigenen Widerstand hochhielten, sich zu Recht als Kriegsoffer sahen, mussten sich dem Problem der Kollaboration und der Mitschuld an der Vernichtung der europäischen Juden stellen. Die erst in den siebziger Jahren zur Europäischen Union hinzukommenden Länder Griechenland, Spanien und Portugal,

waren mit ihren zurückliegenden Bürgerkriegen und Militärdiktaturen im Schatten der totalitären Großmächte konfrontiert.

Auf einer noch weiter zurückliegenden aber bis in die Gegenwart reichenden historischen Karte ist die Vergangenheit zahlreicher europäischer Demokratien als Imperien oder Kolonialmächte eingezeichnet. Jede der beteiligten Nationen tat sich mit der Aufarbeitung dieser Vergangenheit schwer, die auch zur Neudefinition der eigenen Rolle und Verantwortung gegenüber diesen Territorien zwingt

Kämen wir hier nicht im europäischen Krisenjahr 2016 zusammen, könnte ich meine Rede mit viel größerem Optimismus schließen.

Doch Nationalismus, Xenophobie, der Appell an nationale Egoisten und Alleingänge oder der Ruf nach Abschaffung der Europäischen Union werden immer lauter. Werden diese Bedrohungen, wenn sie sich verstärken, Europäerinnen und Europäer auf den Plan rufen, eingedenk der erinnerten Vergangenheit? Werden europäische Institutionen ihre Fähigkeit zu Widerstand und Innovation erweisen, nationale und europäische Politiker Konsequenz und Führungskraft füreinander und nicht gegeneinander zeigen?

Wladimir Putin versucht, als Herrscher eines neoimperialen Russlands, eine internationale europäischer und außereuropäischer Autokraten und Diktatoren zu schmieden; die in seinen Augen dekadente und zur Gegenwehr unfähige Europäische Union – ihre amerikanischen Verbündeten eingeschlossen, zu schwächen und ihr zunehmend die Regeln seines eigenen Spiels aufzuzwingen. In seinem Gegenmodell, werden über die Köpfe von Nachbarn und kleineren Nationen hinweg, imperiale Einfluss- und Herrschaftsgebiete abgesteckt, regiert das Recht des Stärkeren, sind Vereinbarungen und Verträge, nicht das Papier wert, auf dem sie stehen. Wem fällt hier nicht die Situation von 1939 ein?

Die Geschichte wiederholt sich nicht, historische Analogien, ob sie das Ende von Weimar, den Zerfall instabiler Demokratien, neue totalitäre Bedrohungen oder Kriegsszenarien betreffen, werden der modernen Realität nicht gerecht. Zu unserer Realität gehört die Existenz der Europäischen Gemeinschaft, der Europäischen Union, die mit der Attraktivität, von Freiheit, Demokratie und sozialem Ausgleich, entscheidenden Anteil daran hatte, dass die Epochenwende von 1989 zustande kam.

Diese Europäische Union steht vor der größten Herausforderung ihrer bisherigen Geschichte. Sie kann durch Egoismus, Schwäche, falsche Nachgiebigkeit, durch in-

teressenbestimmte Anbiederung an Autokraten und Diktatoren der eigenen Kapitulation zutreiben. Sie kann aber auch zur Entschlossenheit finden, dem Rückfall in imperiale Großmachtspolitik zu widerstehen, die zivilen und politischen Kräfte, die ihre Stärke ausmachen zu mobilisieren und auf den Spielregeln eines neuen europäischen Miteinanders zu beharren. Dann wird sie auch ein Hoffnungszeichen, für all diejenigen bleiben, die jetzt noch ungewiss vor ihren Türen stehen.

23. August 2017, Grußwort von Ulrike Poppe

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich grüße Sie sehr herzlich und fühle mich Ihnen verbunden, im Gedenken an die Opfer totalitärer Gewaltherrschaften. Der Hitler-Stalin-Pakt, am 23. August, vor 78 Jahren, war für Deutschland ein taktischer Zug in Vorbereitung des Angriffskriegs und ermöglichte der Sowjetunion die Ausdehnung nach Westen. Die baltischen Völker haben sich erst, wie wir wissen, am Ende des vergangenen Jahrhunderts aus dem Würgegriff sowjetischer Herrschaft befreien können. Zum 50. Jahrestag des Paktes, am 23. August 1989, erreichten die Unabhängigkeitsbestrebungen im Baltikum ihren Höhepunkt: Rund zwei Millionen Menschen schlossen sich zu einer Menschenkette zusammen, die von der estnischen Hauptstadt Tallinn über die lettische Hauptstadt Riga bis nach Vilnius in Litauen reichte, über 600 Kilometer. Wenn wir heute der Opfer beider totalitärer Regimes gedenken, so stehen wir damit auf der Seite derer, für die der Nichtangriffspakt den Weg in die Besatzung ebnete, mit all den Morden, Versklavungen, Deportationen, den Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Das Europäische Parlament hat 2009 mit großer Mehrheit eine Entschließung „zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus“ mit der Forderung angenommen, den 23. August zum gemeinsamen Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime zu erklären. Ein großer Teil der europäischen Länder hat sich dafür ausgesprochen, vor allem aus Ost- und Mitteleuropa. Deutschland hat sich dem nicht angeschlossen. Viele Abgeordnete im Deutschen Bundestag, die darüber zu entscheiden hatten, befürchteten damit eine Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Stalinismus. Und es mag ihnen auch jede Beziehung zum stalinistischen Terror fehlen: weder musste vor der Welt eine tiefe Schuld anerkannt werden, wie für die Verbrechen des Nazi-Regimes, noch waren die Opfer des Stalinismus für die Abgeordneten von einer solchen Relevanz, als dass man sie in einem Atemzug mit den NS-Opfern nennen könne.

„Das pauschale Gedenken nivelliere die Unterschiede zwischen nationalsozialistischer Verfolgung und kommunistischem Terror.“ schreibt Wolfgang Benz. Horst Schüler, dessen Vater im KZ ermordet wurde, er selbst war 4 Jahre in Workuta, kann das Argument nicht nachvollziehen und entgegnet: „In den Lagern des Gulags waren wir Christen, Juden, Moslems, Ungläubige, Soldaten der Roten Armee, Polen, Balten, Tschechen, Deutsche, Rumänen, Ungarn, Russen – ein Haufen, wie er unterschiedlicher kaum sein konnte, doch in einem eins: Alle waren wir geschundene Opfer, die nur überleben konnten, weil sie als solche solidarisch waren. Und in den KZ der Nazis wird das nicht anders gewesen sein.“

In den mittel- und osteuropäischen Staaten ist die Erinnerung an den Terror unter kommunistischer Herrschaft noch wach und wird auch für die nächsten Generationen noch wach gehalten. Wenn Europa zusammenwachsen will, sollte auch auf eine gemeinsame Geschichte zurückgeblickt werden. Sicher ist eine gemeinsame Erinnerung nicht das einzige identitätsstiftende Element, das den Zusammenhalt befördern kann. Und es ist wohl auch nicht das Wichtigste, wenn man bedenkt, welche Herausforderungen mit der absehbaren Wirtschaftskrise Italiens auf die Europäische Union zukommen. Wenn sich – besonders die wirtschaftlich starken – Industrienationen nicht zur notwendigen Solidarität durchringen, wird das europäische Projekt scheitern. Solidarität aber bedarf eines gemeinsamen Fundaments, eines gemeinsamen Menschenrechtsverständnisses, das sich nicht durch Ideologien aufspalten lässt.

„Was wollen wir Europäer zukünftig erinnern?“ – fragt der polnische Historiker Kazimierz Wóycicki, - Wollen wir die Totalitarismen des 20. Jahrhunderts gemeinsam in Erinnerung bringen, um Europa zu vereinen, oder geschmacklose Streitereien darüber führen, ob Kolyma oder Auschwitz verbrecherischer war?“ Vielleicht ist es eine Frage der Zeit. Vielleicht werden erst die kommenden Generationen eine historische Perspektive entwickeln, in der das 20. Jahrhundert von den Kämpfen totalitärer Mächte gegen die Demokratie geprägt war. Und dann wird es auch gelingen, um die Opfer autoritärer Regimes, so verschieden die sie begründenden Ideologien auch sein mögen, in Ost und West gemeinsam zu trauern und ihr Leid zu würdigen. Mit einer Veranstaltung wie dieser trägt der Gedenkstättenverein Leistikowstraße dazu bei, dass das Gedenken an alle Opfer autoritärer Regime wachgehalten wird. Unabhängig von der politischen Intention des jeweiligen Regimes hat jedes individuelle Leid, das von diesem verschuldet wird, die gleiche Würde und verdient unsere Achtung und unser Angedenken.

Vielen Dank!

Phönix aus der Asche: Von der Kraft europäischer Erinnerungen an Stalinismus und Nationalsozialismus

Vortrag von Karl-Konrad Tschäpe am 23. August 2017 in der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam

Phönix aus der Asche: Von der Kraft europäischer Erinnerungen an Stalinismus und Nationalsozialismus – so lautet der Titel meines Vortrags heute. Und wir haben uns heute versammelt am Europäischen Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus. Es geht also um die Erinnerung an größtes Unglück, und immer wieder wird gefragt, warum wir diese Erinnerungen immer noch wachhalten, warum wir uns das antun, warum wir uns das zumuten. Ich selber arbeite in Frankfurt an der Oder in der Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“, einem Ort, an dem bereits zu NS-Zeit Menschen aus politischen Gründen inhaftiert waren und misshandelt wurden, in dem nach 1945 laut Aktenbefunden über 1.200 Menschen gleichzeitig in einem Haus eingepfercht gewesen sein müssen, das für 130 Personen ausgelegt war – allerdings möglicherweise unter Einbeziehung der benachbarten Kirchen – und in dem nachweislich über 100 Personen nach Urteilen Sowjetischer Militärtribunale erschossen wurden. Eine große Gruppe weiterer Personen passierte das Gefängnis auf dem Weg zur Erschießung in der Sowjetunion: Das meiste der Geschichte des Hauses zwischen 1945 und 1950 liegt jedoch im Dunkeln und harret weiterer Erforschung. Im Unterschied zu den Gedenkstätten in der Leistikow- und Lindenstraße in Potsdam haben wir für Frankfurt kaum einen einzigen Zeitzeugenbericht aus diesem Zeitkontext, also keinen Bodo Platt, keinen Horst Schüler, Gerd Utech, – um nur einige wenige stellvertretend zu nennen, auch keine Interviewsammlung wie die, die in den Band „Von Potsdam nach Workuta“ eingegangen ist; was wir über das Frankfurter Gefängnis unter sowjetischem Regime wissen, stammt aus den Akten russischer Archive, und es spiegelt somit ausschließlich die Sicht der Verfolger wider. Was wir haben, ist eine Ausstellung und einiges Wissen über die Rückkehrer aus der Sowjetunion, über die etwa 1,8 Millionen deutschen Soldaten und Zivilisten, die allein zwischen 1945 und 1950 in Frankfurt Ihre Freiheit aus sowjetischer Lagerhaft zurückerhielten und in ihren Erinnerungen die Stadt häufig erwähnen als ersten Punkt auf deutschem Boden nach Jahren des Hungers, der Krankheit, häufig schwerster körperlicher Arbeit, härtester Entbehungen: Auch in den Erinnerungen einiger derjenigen, die in diesem Gefängnis ihren Leidensweg begannen, findet Frankfurt entsprechend Erwähnung, wenn auch hier schon aus späterer Zeit.

Der Anlass unserer Begegnung heute ist ein sehr ernster, und so werde ich Ihnen am heutigen Europäischen Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus zunächst einiges zumuten.

Die Zumutung eines Tages wie diesem liegt darin, dass wir uns freiwillig Unglück vergegenwärtigen. Wie hatte noch Friedrich Nietzsche vom Glück geschrieben in seiner zweiten unzeitgemäßen Betrachtung, die den Titel trägt „vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben“? Er beschreibt es wie folgt in einem Bild, einige von Ihnen kennen es wahrscheinlich: „Betrachte die Herde, die an dir vorbeidreht: sie weiß nicht, was Gestern, was Heute ist, springt umher, frisst, ruht, verdaut, springt wieder, und so vom Morgen bis zur Nacht und von Tage zu Tage, kurz angebunden mit ihrer Lust und Unlust an den Pflock des Augenblicks, und deshalb weder schwermütig noch überdrüssig. Dies zu sehen geht dem Menschen hart ein, weil er seines Menschentums sich vor dem Tiere brüstet und doch nach seinem Glück eifersüchtig hinblickt – denn das will er allein, gleich dem Tiere weder überdrüssig noch unter Schmerzen leben, und er will es doch vergebens, weil er es nicht will wie das Tier. Der Mensch fragt wohl einmal das Tier: warum redest du mir nicht von deinem Glück und siehst mich nur an? Das Tier will auch antworten und sagen: das kommt daher, dass ich immer gleich vergesse, was ich sagen wollte – da vergaß es aber auch schon diese Antwort und schwieg: so das der Mensch sich darob verwunderte.“

Ganz offensichtlich haben wir, ganz besonders an einem Tag wie diesem, auf den Wunsch verzichtet, „weder überdrüssig noch unter Schmerzen“ leben zu wollen. Wir haben uns für etwas anderes entschieden: Ein Leben in Würde. Aber sind wir auch bereit, die ganze Härte der Erinnerung an die Opfer von Nationalsozialismus und Stalinismus auf uns zu nehmen? Es ist dies eine nicht enden wollende Geschichte dunkelster Extremfälle menschlicher Niedertracht und Verstrickung in das Übel.

Einer dieser Extremfälle ist das Beispiel eines deutschen Polizeibataillons aus Hamburg, das Christopher Browning in seiner Studie „Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die ‚Endlösung‘ in Polen“ untersucht hat. Er beschreibt, wie die Männer dieses Bataillons – es sind etwa 500 Mann – eines Morgens in die ostpolnische Ortschaft Józefów gebracht werden und von ihrem Kommandeur Major Trapp, denn sie liebevoll „Papa Trapp“ nennen, in eine außergewöhnliche Situation gebracht werden. Browning beschreibt anhand von späteren Zeugenaussagen diese Situation wie folgt: „Trapp war bleich und nervös, hatte

Tränen in den Augen und kämpfte beim Reden sichtlich darum, seine Gefühle unter Kontrolle zu halten. Das Bataillon stehe vor einer furchtbar unangenehmen Aufgabe, erklärte er mit tränenerstickter Stimme. Ihm selbst gefalle der Auftrag ganz und gar nicht, die ganze Sache sei höchst bedauerlich, aber der Befehl dazu komme von ganz oben. Vielleicht werde ihnen [gemeint sind die Polizisten, KKT] die Ausführung leichter fallen, wenn sie an den Bombenhagel dächten, der in Deutschland auf Frauen und Kinder niedergehe.“ Dann führt er weitere Begründungen für etwas auf, das niemals begründbar sein kann, er nennt den amerikanischen Boykott, der von Juden gegen das Deutsche Reich angezettelt worden sei oder Partisanenaktionen, in welche die Juden angeblich verstrickt seien. Das Bataillon habe nun den Befehl, die Juden aus der Ortschaft zusammenzutreiben, die Männer im arbeitsfähigen Alter auszusondern und in ein Arbeitslager zu verbringen. Alle übrigen – Frauen, Kinder und ältere Männer – seien vom Polizeibataillon auf der Stelle zu erschießen. Schließlich bietet Trapp – übrigens im Gegensatz zu anderen Kommandeuren – auch noch denjenigen an, die sich der Aufgabe nicht gewachsen fühlten, sich an der Aktion nicht zu beteiligen, ein Angebot, das in unterschiedlichen Phasen der Mordaktion dann auch von einigen Männern wahrgenommen wird, wobei diese dann damit riskieren, vor ihren Kameraden als weich, feige, als Drückeberger zu erscheinen.

Während viele von uns bei dem Wort „Holocaust“ automatisch an Auschwitz denken, ist das, was auf die Ansprache Trapps folgt, das eher „Typische“ für den Mord an den europäischen Juden. Die meisten Opfer des deutschen Judenmords wurden in der Nähe der Orte erschossen, in denen sie wohnten – während ein geringerer Teil der Opfer in den deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern vergast wurde.

Die Polizeimänner wurden in das Judenviertel von Jósefóf geschickt, um die Bewohner zusammenzutreiben. Nicht Transportfähige wurden sofort ermordet: „Schreie und Schüsse erfüllten die Luft“, heißt es bei Browning. Nun erhalten die Polizisten der 1. Kompanie vom Bataillonsarzt eine Lektion. Ein Beteiligter sagt dazu aus: „Er hat uns sogar noch genau erklären müssen, wie wir zu schießen haben, um den sofortigen Tod des Opfers herbeizuführen.“ Dabei wird das Schema eines menschlichen Körpers aufgezeichnet und darauf der Punkt markiert, „auf dem das aufgepflanzte Seitengewehr als Hilfszielmittel angesetzt werden sollte.“ Noch ehe die arbeitsfähigen jüdischen Männer in ein Arbeitslager abmarschieren, hören sie Schüsse aus dem nahegelegenen Wald. „Nach den ersten Salven [entstand] unter diesen Handwerkern eine erhebliche Unruhe [und] etliche Männer

[warfen sich] weinend auf die Erde. [...] Ihnen dürfte zu diesem Zeitpunkt klar geworden sein, dass ihre zurückgebliebenen Familienangehörigen erschossen wurden.“ – so die Aussage eines damals Beteiligten, mehrere weitere Polizisten erwähnen diese furchtbare, von Schreien erfüllte Szene ebenfalls. Tatsächlich werden die Zusammengetriebenen Frauen, Kinder und Alten nun in Gruppen von 30-40 Personen auf LKWs verfrachtet, in den Wald gebracht. Auf dem Weg unterhalten sich einige der Polizisten noch mit ihren Opfern, stellen fest, dass einige nicht nur deutsch sprechen, sondern Deutsche sind. Vergeblich bittet ein älterer Mann aus Bremen einen Polizisten um Verschonung, zeigt ihm seinen Orden aus dem Ersten Weltkrieg. Im Wald müssen sich die Juden gruppenweise hinlegen und werden von einer ebenso großen Zahl Polizisten der Anleitung des Arztes entsprechend erschossen. Bis zum Einbruch der Dunkelheit dauert der Mord an. Noch verstörender ist die Lektüre über die Erschießungsaktion, die die zweite Kompanie an diesem Tag durchführt, denn sie erhielt im Gegensatz zur ersten Kompanie keine ärztliche Anleitung zum Mord. Entsprechend schossen sie ohne aufgepflanzte Bajonette als Zielhilfe. Ein damals Beteiligter sagt aus: „Zuerst wurde stehend freihändig erschossen. Wenn man zu hoch hielt, sprang die ganze Schädeldecke ab. Das hatte zur Folge, dass Gehirnteile und auch Knochen in der Gegend umherflogen.“ Daraufhin wurden auch hier Bajonette als Zielhilfe verwendet. Doch wiederum heißt es: „Fehlschüsse waren nun [zwar] weitgehend vermieden, es trat aber eine andere schreckliche Folge ein. Durch den dadurch bedingten Nahschuss traf das Geschoss mit derartiger Rasanz den Schädel des Opfers, dass oftmals der Schädel oder die ganze hintere Schädeldecke abgerissen wurde und nun Blut, Knochensplinter und Gehirnmasse durch die Gegend spritzten und die Schützen beschmutzten.“ Einige der Polizisten finden offenbar gerade an dieser Wirkung Gefallen und schießen absichtlich so in die Schädel der Opfer, dass sie bersten, so jedenfalls nehmen es einige ebenfalls an den Erschießungen Beteiligte wahr. Als die Mordaktion am späten Abend mit der Erschießung der letzten Opfer beendet ist, verlassen die Polizisten den Wald und lassen die Leichen unbeerdigt zurück, denn niemand hatte sich zuvor darüber Gedanken gemacht, wie so viele Menschen bestattet werden sollten. Als die Männer schließlich abends zurück in ihre Unterkünfte in der etwa 30 km von Jósefów entfernten Stadt kommen, waren sie, wie Browning ermittelt hat, „bedrückt, empört, verbittert und erschüttert. Sie aßen wenig und tranken viel. Es wurde reichlich Alkohol ausgegeben, und viele Polizisten betranken sich ziemlich stark. Major Trapp ging herum und versuchte, seine Männer zu trösten und wieder aufzubauen, wobei er betonte, dass höhere Stellen die Verantwortung hätten. Doch vielen Polizisten konnten weder der Alkohol noch

Trapps tröstende Worte das Entsetzen und die Scham nehmen, die sie empfanden. Trapp bat die Männer, nicht darüber zu reden, aber dieser Bitte hätte es gar nicht bedurft. Die Polizisten, die nicht im Wald waren, wollten keine Einzelheiten hören, und diejenigen, die selbst mit dabei gewesen waren, hatten weder damals noch später den Wunsch, darüber zu reden.“ Browning betont, dass „Praktisch alle Bataillonsangehörigen – selbst die, die sich den ganzen Tag über an den Erschießungen beteiligt hatten – ... über das, was man ihnen in Józefów abverlangt hatte, empört und verbittert“ waren, wobei er die erfolgte „Demoralisierung“ „auf das Entsetzliche des Tötungsverfahrens selbst“ zurückführt. In der Folge wird das Tötungsverfahren entsprechend rationalisiert – auch der Bau der Todesfabriken erfolgt unter diesem Zeichen – für folgende Erschießungen werden nun Hilswillige aus der Ukraine aus den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern rekrutiert, welche unter starkem Alkoholeinfluss einen erheblichen Teil der Drecksarbeit zu erledigen haben. So bei der nächsten Mordaktion in der polnischen Ortschaft Łomaszy, die sie unter Befehl des deutschen Oberleutnants Gnade und eines SS-Offiziers durchführen. Browning beschreibt sie anhand von Zeugenaussagen der damals Beteiligten so: „Die Juden wurden gezwungen, in kleinen Gruppen durch ein liches Spalier von Wachposten die etwa 30 bis 50 Meter von den Entkleidungsstellen zum Grab zu laufen. Auf drei Seiten der Grube war die Erde zu Wällen aufgeworfen worden, während die vierte eine leichte Böschung bildete, die die Juden hinuntergetrieben wurden. Betrunkene und aufgeregte wie die ‚Hilswilligen‘ waren, erschossen sie die Juden anfangs gleich am Eingang der Grube. ‚Das hatte zur Folge, dass die ersten toten Juden den Einstieg versperrten. So gingen dann einige Juden in die Grube hinein und zogen die Leichen vom Einstieg weg. Als bald wurden die Juden in größeren Mengen in die Grube hineingetrieben, und die Hiwis hatten nun Aufstellung auf den aufgeworfenen Wällen genommen. Von dort aus erschossen sie die Opfer.‘ Mit jedem neuen Schuss füllte sich die Grube weiter. ‚Die nachfolgenden Juden mussten nun selbst auf die zuvor Erschossenen steigen, bzw. später sogar klettern, da die Leichen innerhalb der Grube fast bis zum Grubenrand aufgetürmt waren.‘

Die ‚Hilswilligen‘, die in vielen Fällen mit der Flasche in der Hand dastanden, wurden genau wie [Oberleutnant] Gnade und der SS-Offizier immer betrunkenere. ‚Während Gnade mit seiner Pistole vom Erdwall aus schoss, wobei er mehrmals Gefahr lief, in die Grube zu stürzen, war der SS-Offizier genau wie die Hiwis in die Grube hineingegangen und schoss von hier aus, da er sich infolge der Trunkenheit nicht mehr auf dem Wall gehalten hätte.‘ In der Grube stieg das mit Blut vermischte Grundwasser bald soweit an, dass es den ‚Hilswilligen‘ bis über die Knie

reichte. Mit zunehmender Trunkenheit fielen die Schützen, einer nach dem anderen, aus.“ Daraufhin müssen sich nun doch auch weitere deutsche Polizisten an der Mordaktion beteiligen. In der Grube steht das Grundwasser allerdings einen halben Meter hoch, darin „schwammen im ganzen Grubenbereich Leichen umher“. Als schließlich auch hier der letzte Jude ermordet ist, erhält der polnische Bürgermeister den Auftrag, sich um die Beerdigung der Opfer zu kümmern.

Was ich Ihnen hier vorgetragen habe, ist wie mit dem Mikroskop auf die Geschichte von Gewalt und Massenmord in Europa gesehen. Es historisch einzigartig, aber es ist nicht in jeder Hinsicht präzedenzlos. Und auf andere Weise einzigartig ist das, was sich freilich in einem anderen historischen – also zeitlichen, ideellen und räumlichen – Kontext in den Jahren 1937/38 bei Moskau auf dem butovskij poligon, also auf dem Schießplatz Butowo ereignet und das Karl Schlögel in seiner Arbeit „Terror und Traum, Moskau 1937“ beschreibt. Dorthin waren am 8. August 1937 die ersten 91 Delinquenten aus Moskauer Gefängnissen zur Erschießung gebracht worden, die letzten 52 Opfer am 19. Oktober 1938. 20.761 Personen verloren in den nur 15 Monaten, die zwischen diesen Daten liegen, an dieser Stelle ihr Leben. Kaum einer von ihnen wusste, aus welchen Gründen er verhaftet worden war, geschweige denn, weshalb man ihn zum Tode verurteilt hatte. Karl Schlögel schreibt: „Die Menschen, deren Körper nach dem Schuss in den Hinterkopf in die ausgehobenen Gräben fielen, und von einem eigens angeschafften Bagger Marke ‚Komsomolez‘ zugeschüttet wurden, kamen aus allen Schichten des Volkes, aus allen Regionen der Sowjetunion, es waren die Bürger zahlreicher ausländischer Staaten darunter, alle Konfessionen waren vertreten. Unter den Ermordeten waren die Angehörigen der alten vorrevolutionären Elite ebenso wie Mitglieder der alten bolschewistischen Garde. Namenlose wurden ebenso verscharrt wie einst prominente Persönlichkeiten: Generäle, Sportler, Piloten, Künstler. Butowo wurde zum Massengrab für Tausende, die nur deshalb erschossen wurden, weil sie einer bestimmten Nationalität angehörten. Und viele fanden den Tod in Butowo, obwohl sie keiner der gesuchten und der Verfolgung ausgesetzten Kategorien angehörten und nur deshalb, weil die Richtzahl der zur Tötung Freigegebenen von den staatlichen Terrororganisationen noch nicht erfüllt war. Es genügte, zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein, um in das Räderwerk des Großen Terrors zu geraten.“ Tatsächlich existierte allein für das Moskauer Gebiet anfangs eine Quote von 5000 Menschen, die nach „Höchstmaß der Strafe“ – also zum Tode – zu verurteilen waren, weitere 30.000 sollten entsprechend zu Lagerhaft verurteilt werden. Doch der Große Terror findet bei weitem nicht nur in Moskau, sondern in der gesamten Sowjetunion statt, er wird 1,5 Millionen Opfer fordern, von denen etwa 700.000

ermordet werden. Butowo war also, wie Schlögel schreibt, „nur ein Punkt in einem Netzwerk, das der Aussonderung, Festsetzung, Einschließung, Verschickung und Tötung diente.“ Ein ehemaliger NKWD-Mitarbeiter sagt hierzu nach der Perestroika: „Man verhaftete und erschoss ganze Familien, unter denen vollständig analphabetische Frauen, Minderjährige und sogar Schwangere waren, und alle hat man als Spione erschossen ... allein deshalb, weil sie ‚Nationale‘ waren“, also einer bestimmten Nation angehörten. Methoden werden entwickelt, um die Verhaftungen und Erschießungen nach Quote effektiver zu gestalten, die berüchtigte „Album-Methode“ etwa; zwischen den Verantwortlichen entspannen sich Wettbewerbe um die Erfüllung der Vorgaben zur Zerstörung von Biographien und Menschenleben – die Untersuchung von Fällen und Vorwürfen wird buchstäblich im Minutentakt erledigt.

Es finden sich auch Zeugenaussagen zu den Erschießungen in Butowo. In den 1990er Jahren beschreibt sie der ehemalige Kommandant der Wirtschaftsabteilung des Moskauer NKWD wie folgt – und ich gebe Ihnen hier ein längeres Zitat wieder, das ich wieder Karl Schlögels „Terror und Traum“ entnehme –: „Die Menschen die zur Erschießungen verurteilt worden waren, bringt man nach Butowo, ohne ihnen mitzuteilen, weswegen und wohin. Das wurde mit Bedacht so gemacht, um überflüssige Komplikationen zu vermeiden. Die avtosaki – also die Gefangenentransporter –, in denen man bis zu 50 Menschen untergebracht hatte, fuhren zum Schießplatz von der Seite des Waldes heran gegen 1 bis 2 Uhr nachts. ... Die Zone war mit Stacheldraht eingezäunt. Dort, wo die Autos anhielten, befand sich eine Erhöhung für die Wache und für den Scheinwerfer, der an den Bäumen befestigt war. Nicht weit davon waren zwei Gebäude zu sehen: ein nicht großes steinernes Haus und eine sehr lange, an die 80 Meter lange Holzbaracke. Man führte die Menschen in die Baracke gleichsam zur sanobrabotka, zur Hygienebehandlung. Unmittelbar vor der Erschießung wurde das Urteil mitgeteilt, die Daten überprüft. Dies wurde sehr sorgfältig gemacht. Neben den Akten für die Ausführung der Urteile gibt es in den Dokumenten Auskunftsberichte, die genaue Angaben zu Geburtsort oder Namen des Verurteilten verlangen.

Und bei dem Tempo, mit dem damals die Untersuchungen durchgeführt worden sind, darf man sich nicht wundern, dass es in Butowo vorkam, dass man anstelle des einen dessen Bruder hingerichtet hat. Eine Hinrichtung konnte aufgeschoben werden, wenn sich herausstellte, dass ein Photo fehlte, mit dem die Identität eines Verurteilten zu beweisen war. In all diesen Fällen wurde die Ausführung des Urteils aufgeschoben, und man schickte die Leute ins Gefängnis zurück. Diese Penibilität am Exekutionsort wirkte sich manchmal zugunsten der Menschen aus,

doch Fälle der Aufhebung eines Todesurteils waren äußerst selten; gewöhnlich wurde nach der Klärung des Missverständnisses der Betreffende auf den Schießplatz zur Exekution zurückgebracht. Es kam auch vor, dass allen Kontrollen zum Trotz Irrtümer unterliefen; man erschoss aus Versehen jene, die die nur zu Lagerhaft, nicht aber zum Tode verurteilt worden waren, und umgekehrt. In diesem letzteren Fall bestand noch die Möglichkeit einer Korrektur des Fehlers, im ersten Fall natürlich nicht mehr. Es kam aber auch Folgendes vor: Eine in den 1950er Jahren als erschossen registrierte Person meldete sich plötzlich und schrieb eigenhändig ein Gesuch zu ihrer Rehabilitierung. Dies bedeutet, dass in den Jahren 1937-1938 ein anderer irrtümlich an ihrer Stelle erschossen worden war. ...

Man führte die Verurteilten einzeln aus dem Barackengebäude. Dort erschienen die Exekutoren, die sie in Empfang nahmen und sie – jeder mit seinem Opfer – nach hinten zum Graben auf dem Schießplatz führte. Am Rand des Grabens schossen sie aus unmittelbarer Nähe in den Hinterkopf. Die Körper der Erschossenen warfen sie in den Graben und bedeckten den Boden des tiefen Grabens. Mit dem ‚Aufräumen‘ der Leichen beschäftigten sich speziell dafür eingeteilte Mitarbeiter des NKWD.

Pro Tag erschoss man selten weniger als 100 Menschen. Es gab auch 300 und 400 und mehr als 500. ... Die Vollstreckter des Todesurteils benutzten ihre eigene Waffe, die sie meistens im Bürgerkrieg erworben hatten; gewöhnlich war dies eine Pistole vom Typ ‚Nagant‘, die sie für die genaueste, am einfachsten zu bedienende und störungsärmste hielten. Bei den Erschießungen sollten Ärzte und ein Staatsanwalt anwesend sein, doch wie wir aus den Geständnissen der Vollstreckungsbeamten selbst wissen, wurde dies bei weitem nicht immer beachtet. An den Erschießungstagen stand für alle Exekutionsteilnehmer in der Wache ein Eimer mit Wodka bereit, aus dem sich jeder nehmen konnte, so viel er wollte (ja und wie sollte man eine solche Arbeit ausführen, ohne sich zu betäuben?!). An der Seite stand noch ein Gefäß mit Eau de Cologne, da die Ausführenden schon von weitem nach Blut und Pulver rochen. Nach ihrem eigenen Geständnis waren ‚sogar die Hunde vor ihnen zurückgeschreckt‘.“

Anschließend wurde alles sorgsam dokumentiert. „In der Kommandantur haben die Vollstreckungsbeamten die Formulare handschriftlich ausgefüllt und ihre Unterschrift unter den Akt über die Urteilsvollstreckung gesetzt. Nach allen notwendigen Formalitäten gab es Mittagessen, danach fuhr man die Ausführenden, die gewöhnlich höllisch betrunken waren, nach Moskau. Abends kam jemand von den Leuten am Ort, der mit einem Bulldozer, der für diese Zwecke am Schießplatz

stand, die Leichen mit einer dünnen Erdschicht zudeckte. Am nächsten Tag wiederholten sich die Erschießungen aufs Neue. ...“

Auch wenn die hier geschilderten Opfer der Nationalsozialisten wie auch die des Stalinismus durch einen Schuss von hinten ermordet werden – der Mühe, eine rechtliche Fassade konstruieren zu müssen, wie bizarr und krass widersinnig auch immer – sind die deutschen Verantwortlichen enthoben, sie agieren nach dem Prinzip Befehl und Gehorsam, und sie berufen sich auch sofort darauf. Der stalinistischen Quote steht die Totalität des Mordens auf deutscher Seite gegenüber – buchstäblich alle Juden sollen vernichtet werden und dieser Vernichtungswille wird mit höchster Perfektion, Akribie und Perfidie in die Tat umgesetzt. Dafür ist die stalinistische Gewalt willkürlicher, weniger zielgerichtet in der Wahl der Opfer: Es gibt in der Sowjetunion absolut niemanden, der vor Stalin nicht zittern müsste, der nicht damit rechnen muss, von einem Augenblick auf den anderen Opfer der Willkür zu werden.

Es sind im Vergleich zu den Zahlen der Opfer jeweils Wenige, die die Mordtaten an Vielen durchführen. Im Fall Butowo sind es offenbar maximal 12 Ausführende, sogenannte „Mitarbeiter für besondere Aufgaben“, die im ganzen Bereich Moskau die Exekutionen durchführen und die während der Massenoperationen auch noch auf „Dienstreise“ in andere Städte und Regionen abkommandiert werden können. Die Ermordung polnischer Offiziere in Katyn und anderswo wird, soweit wir wissen, ebenfalls von sehr wenigen ausgeführt. Wassili Blochin, der auch für die Erschießungen in Butowo Verantwortung trägt und von dem das Bild eines Henkers in Lederschürze, Gamaschen und Gummistiefeln – gegen das spritzende Blut – überliefert ist, erschießt in Kalinin mehr als 6.800 Männer mit nur zwei Gehilfen. Zur Hinrichtungsstätte erscheint er mit einem Koffer, in dem sich Duzende Walther Pistolen deutscher Fabrikation befinden. Täglich werden etwa 250 Menschen in einem schallgedämpften Raum erschossen. Ein Zeitzeuge erinnert sich: „Zwei Männer hielten die Arme des Gefangenen und der Dritte schoss ihm in die Schädeldecke. ... Das war's.“ Auf diese Weise verlieren Menschen im Minutentakt ihr Leben. Wodka und Eau de Cologne gehören auch hier – wie in zahlreichen anderen Berichten dieser Art – zur Grundausstattung für die Mordtaten.

Ich muss es nun bei diesen Beispielen belassen – es gäbe viele weitere zu erzählen. Es gäbe andere Formen einer solchen Vergegenwärtigung, denken wir an die Dokumentation „Shoah“ von Claude Lanzmann, die m.E. zum Weltkulturerbe erklärt werden sollte, denken wir aber etwa auch an Andrzej Wajdas Film über Katyn, der mit einer schockierenden Erschießungsszene schließt, dessen Schwerpunkt aber auf der beklemmenden Atmosphäre unter den Hinterbliebenen liegt,

den auf ihre Angehörigen Wartenden im Polen der Kriegs- und Nachkriegszeit. Denken wir nicht zuletzt an dieses Haus. „history takes place“ – so die Lehre meines Lehrers Karl Schlögel. Der Besuch in einer solchen Gedenkstätte, die Auseinandersetzung mit der Geschichte an genau so einem Ort ist durch keine Lektüre, keinen Film und kein anderes Event zu ersetzen.

Es kommt mir ohnehin nicht darauf an, hier die dunkelsten Stellen einer danteschen Hölle auszuleuchten, auch wenn der Ort, an dem wir uns hier befinden, sicher dazugehört. Und ist es nicht vergeblich und eitel, schwärzer als schwarz malen zu wollen?

Schwarze Erinnerungen, Erinnerungen also, die geeignet sind, Alpträume zu bereiten, beginnen für mich bereits mit dem Bericht eines jungen Ehepaars, deren Ausreiseantrag noch im Sommer 1989 abgelehnt worden war. Nach ihrer auf den Ablehnungsbescheid folgenden Fahrt von Frankfurt (Oder) zum Pariser Platz in Berlin am 17. Juni 1989 – ohne Plakat, Parolen oder ähnliches – werden sie für ein halbes Jahr allein deshalb ins Gefängnis gesteckt, weil sie der Aufforderung eines Volkspolizeimanns nicht nachkommen, den Platz unverzüglich zu verlassen. Während der Eiserne Vorhang in Ungarn fällt, während der dramatischen Ausreisewelle des letzten Jahres des sogenannten Sozialismus in Deutschland, während der friedlichen Proteste von DDR-Bürgern auf den Straßen Ostdeutschlands sitzen sie getrennt und ohne Wissen voneinander in verschiedenen Gefängnissen und bängen um ihre einzige Tochter. Ebenso beeindruckt hat mich die Erzählung einer über 90jährigen Frau aus einer Ortschaft nahe Frankfurt, die ich kennengelernt habe: Sie hatte zur Nazizeit einem französischen Kriegsgefangenen gegen das strenge Verbot eine Zeitung gegeben und dafür als noch Minderjährige fünf Monate in dem Gefängnis in Haft sitzen müssen, das heute Gedenkstätte ist, und in dem ich arbeite. Dazu bekam sie fünf Jahre „Ehrverlust“ – BDM-Mädel, also alle Mädchen, durften nicht mehr mit ihr sprechen; sie bekam einen Vormund zugewiesen; Tanzveranstaltungen und Kinobesuch waren ihr verboten, und die Gestapo erkundigte sich regelmäßig nach ihr. Das sind keine Geschichten von brutalem Mord und Folter – wie sie sich in Frankfurt auch – oder eben hier in der Leistikowstraße – ereignet haben. Aber die 90jährige Dame hat mir ihre Lebensgeschichte trotz ihres Alters und trotz ihrer damals ja eigentlich guten Tat nur unter Tränen erzählen können. Und gerade auch der Bericht des jungen Ehepaars von 1989 verbindet sich für mich, der ich diese Zeit schon sehr bewusst selbst miterlebt habe, mit Erinnerungen an eine Zeit, in der ich als Jugendlicher das Land, in dem ich aufgewachsen war, eigentlich einfach nur verlassen wollte, vor allem, weil ich keinen Militärdienst leisten wollte und mir das Militärische in der Schule zuwider war.

Worauf es jedoch ankommt, ist die Erkenntnis, dass wir in Europa eine reiche Erfahrung damit haben, was Zivilisationsbruch in seinen verschiedenen Schattierungen bedeutet. Die Erfahrungen, von denen ich Ihnen eingangs berichtet habe, sind europäischer Natur. Das deutsche Polizeibataillon ist nicht irgendwo eingesetzt, Leute wie sie töten nicht irgendwo, sondern meist in Polen oder auf dem Gebiet der heutigen Ukraine bzw. Weißrusslands. Sie töten auch nicht irgendwen, sondern die, von denen man ihnen sagt, dass sie Juden seien, es sind Menschen aus verschiedenen europäischen Ländern.

Auch in Butowo wird ein buntes Gemisch von Menschen liquidiert, Menschen verschiedener sozialer, kultureller und nationaler Herkunft. Die in der Leistikowstraße inhaftierten Deutschen sind hier russischsprachigem Personal begegnet, haben es mit Menschen in sowjetischen Uniformen zu tun gehabt und haben Erfahrungen häufig in den Lagern fernab der Heimat in der Sowjetunion sammeln müssen. Später bringen sie, sofern sie überleben, eine Erfahrung mit hierher: Ohne diese Erfahrung säßen wir heute nicht hier! Ganz sicher gäbe es ohne diese Erfahrung nicht das, was historisch einmalig ist, nämlich den Versuch der europäischen Länder und Kulturen, friedlich zu kooperieren, sich auf gemeinsame Werte zu besinnen, den immensen kulturellen Reichtum des Kontinents gemeinsam zu entdecken. Wenn ich meinem Vortrag „Phönix aus der Asche“ vorangestellt habe, dann einmal deshalb, weil ich damit an König Phönix anspielen möchte, den Vater der Europa also. In die schöne Asiatin verliebt sich bekanntlich der Himmelsvater Zeus, der sich in einen Stier verwandelt und die Königstochter auf einen neuen Kontinent entführt, hier wird sie gleichsam die legendäre Urmutter der Griechen und Europäer.

Vor allem aber verbinden wir „Phönix aus der Asche“ mit der wohl ursprünglich aus Ägypten stammenden Sage, die von dem wunderbaren Vogel Phoinix handelt, von Tod und Wiedergeburt und sogar von der Unsterblichkeit. Über den griechisch-römischen Kulturkreis wird diese Sage immer wieder neu erzählt, bis schließlich spätantike und frühchristliche Dichter berichten, wie dieser einzigartige Vogel verbrennt und aus der eigenen Asche neu entsteht. „Wie Phönix aus der Asche“ ist seitdem ein geflügeltes Wort für etwas, das schon totgeglaubt war und nun wie ein Wunder doch weiterlebt. Ein solches Wunder ist auch der Erfolg der Europäischen Integration, erst recht nach der Asche, die der Kontinent gesehen hat. Das Übel in Europa, das Verstörende also etwa, von dem ich Ihnen zu Beginn meines Vortrags referiert habe: Es hatte verschiedene Ursachen. Es ist wichtig, diese verschiedenen Ursachen zu benennen und zu erkennen – denn wir wollen und dürfen die Katastrophen von Stalinismus und Nationalsozialismus nicht noch

einmal erleben. Das Wunder der europäischen Integration jedoch wird, so ist meine Überzeugung, aus der Kraft der Erinnerung gespeist, aus dem Bewusstsein dessen, was möglich war, zu was wir Menschen fähig sind, zu dem niemand von uns fähig sein will, und das wir schon gar nicht am eigenen Leibe durchleben wollen.

Ganz in diesem Sinne heißt es in der „Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus“ unter Punkt I, „dass die europäische Integration von Beginn an eine Antwort auf das Leiden war, das von zwei Weltkriegen und der Tyrannei des Nationalsozialismus verursacht wurde, die zum Holocaust sowie zur Ausbreitung totalitärer und undemokratischer kommunistischer Regime in Mittel- und Osteuropa führten, [—] und ein Weg [ist] zur Überwindung tiefer Spaltungen und Feindseligkeiten in Europa im Wege der Zusammenarbeit und Integration sowie zur Beendigung des Krieges und zur Sicherung der Demokratie in Europa“.

Die Kraft der Erinnerung ist in diesem Licht gewaltig.

Ja, es ist schwer erträglich und sogar verstörend, von den schlimmen Dingen, die sich im 20. Jahrhundert ereignet haben, auch nur zu lesen und zu hören. Wir wissen, wir befinden uns hier an einem Ort der Ohnmacht, des Schmerzes und der Tränen. Aber gerade aus dieser Erinnerung wird uns auch grell bewusst, was wir gemeinsam in Europa niemals wieder zulassen wollen und dürfen. Deshalb haben alle, die die Erinnerung an die totalitären Vergangenheiten und die Diktaturen lebendig halten, in dem sie sich als Zeitzeugen zur Verfügung stellen, ihre Erinnerungen niedergeschrieben haben, die Gedenkstätten, Schulen und Forschungseinrichtungen mit ihren Interviews unterstützen, unseren Respekt, unsere Sympathie, unsere Zu-Neigung verdient. Sie muten uns, vor allem aber auch immer wieder sich selbst etwas zu, aber aus dieser Zumutung können wir: Mut schöpfen und uns gegenseitig Mut zu sprechen.

Wir werden diesen Mut auch benötigen!

Denn vor einem Jahr schloss Wolfgang Templin an dieser Stelle seinen Festvortrag mit den Worten „Kämen wir hier nicht im europäischen Krisenjahr 2016 zusammen, könnte ich meine Rede mit viel größerem Optimismus schließen.“

Doch Nationalismus, Xenophobie, der Appell an nationale Egoisten und Alleingänge oder der Ruf nach Abschaffung der Europäischen Union werden immer lauter. Werden diese Bedrohungen, wenn sie sich verstärken, Europäerinnen und Eu-

ropäer auf den Plan rufen, eingedenk der erinnerten Vergangenheit? Werden europäische Institutionen ihre Fähigkeit zu Widerstand und Innovation erweisen, nationale und europäische Politiker Konsequenz und Führungskraft füreinander und nicht gegeneinander zeigen?

Diese Europäische Union steht vor der größten Herausforderung ihrer bisherigen Geschichte. Sie kann durch Egoismus, Schwäche, falsche Nachgiebigkeit, durch interessenbestimmte Anbiederung an Autokraten und Diktatoren der eigenen Kapitulation zutreiben. Sie kann aber auch zur Entschlossenheit finden, dem Rückfall in imperiale Großmachtpolitik zu widerstehen, die zivilen und politischen Kräfte, die ihre Stärke ausmachen zu mobilisieren und auf den Spielregeln eines neuen europäischen Miteinanders zu beharren. Dann wird sie auch ein Hoffnungszeichen für all diejenigen bleiben, die jetzt noch ungewiss vor ihren Türen stehen.“

Auch wenn die Parlamentswahlen in einigen unserer Nachbarländer im vergangenen Jahr nicht die verheerenden Ergebnisse gezeitigt haben, die viele ihnen zuge-
traut haben, ist die von Wolfgang Templin angesprochene Krise heute keinesfalls überwunden. In der Ukraine fordert ein von Putins Russland leichtfertig angezettelter und bis heute geförderter Konflikt täglich Tote auf jenem Kontinent, der sich einst geschworen hatte „Nie wieder Krieg!“

Demokratische Rechte und Institutionen werden selbst in unserem Nachbarland Polen, aber auch in etlichen anderen europäischen Ländern abgeschafft, beschnitten oder erheblich bedroht. Und der Wahlsieg Donald Trumps zeigt potentiell katastrophale Defizite des demokratischen Systems in der europäisch-amerikanischen Zivilisation an – und das steht übrigens ganz unabhängig davon bereits fest, was uns die Zukunft hier noch bringen wird. Allein die Tatsache, dass ein offenbar notorischer Lügner und eingeschworener Populist auf demokratischem Wege Präsident einer hochgerüsteten Atommacht, aber auch einer der erfahrensten Demokratien der Welt werden kann, ist ein alarmierender Warnschuss, der uns aufschrecken muss. Auch in unserem Land stehen rechte und linke Populisten in den Startlöchern oder stellt sich beinahe täglich die Frage, wie viel Sicherheit wir für die Aufgabe von wie viel Freiheitsrechten zu erkaufen bereit sind. Vor allem stellt sich eindringlich die Frage, wie die Erinnerung an das Übel in Europa lebendig bleiben kann, wenn diese elementar wichtige Aufgabe von der nächsten Generation übernommen werden muss. Angesichts des Krieges mitten in Europa und überall in Europa zu beobachtenden Tendenzen, Demokratie und Freiheitsrechte einzuschränken, ist das vielleicht schwieriger, als wir es uns vorgestellt haben!

Der strahlende Vogel Phönix: Er kann auch wieder verbrennen! In diesem Land wissen wir, dass ein historischer Wimpernschlag genügt, um alles zu zerstören, was in Jahrzehnten und Jahrhunderten errichtet und erreicht wurde. Diese Gefahr schwelt. Besinnen wir uns also auf die Kraft der Erinnerung, die wir lebendig erhalten müssen. Und all die Kraft, die wir für die Erinnerung auch verwenden: Wir erhalten sie tausendfach zurück!

Das einst finstere Gefängnisgebäude mit den wenigen erhaltenen kleinen Zellen, in dem die heutige Frankfurter Gedenkstätte untergebracht ist, in der ich arbeite: Sie hat ihren Ausgang über ein gläsernes Treppenhaus, von dem der Blick über die Oder in die Freiheit gleitet – und über den Strom an der Grenze, die täglich durch Freundschaften, Neugier aufeinander, dem praktischen Handel und Wandel, die Universität auf beiden Seiten sowie der Faszination des Verschiedenen überwunden wird. Meine Gedanken sind heute auch bei den schon älteren Damen und Herren, die ich in der Frankfurter Schwesterstadt Słubice und in Rzepin getroffen habe und die zu denen gehören, die zwischen 1939 und 1956 nach Sibirien deportiert worden waren; auch sie begehen heute diesen Gedenktag. Sie haben mich mehrfach freundschaftlich aufgenommen, mir erzählt, mir vertraut, ich war ihr Gast: Ihnen möchte ich diesen Vortrag deshalb gerne widmen.

Gegenüber der dunklen Vergangenheit haben wir ein großes Privileg: Wir verlassen heute diese Gedenkstätte, die sich im Herzen Arkadiens befindet, Potsdams Schlösser und Gärten. Atmen wir den Geruch der Freiheit. Leben wir die Zivilisation! Haben wir für die Zukunft – Mut!